Zur schweizerischen Handelspolitik, unter besonderer Berücksichtigung der Einfuhrkontingentierung

Von Dr. J. Hotz, Direktor der Handelsabteilung des eidgenössischen
Volkswirtschaftsdepartements, Bern

Inhalt

	Seite
I. Einleitung	1
II. Allgemeines zur schweizerischen Handelspolitik	3
III. Neuere schweizerische Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Völkerbundes	4
IV. Die jetzige schweizerische Handelspolitik im Zeichen des Abwehrkampfes	5
V. Lockerung der ausserordentlichen Schutzmassnahmen	11
VI. Clearing- und Kompensationsverkehr	15
VII. Erzielte Resultate und Ausblick	20

I. Einleitung

Im Jahre 1926 trat Herr Minister Dr. W. Stucki mit einem äusserst eindrucksvollen Referat an der Jahresversammlung der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft in Solothurn ¹⁾ — einer programmatischen, handelspolitischen Arbeit — an die Öffentlichkeit. Klar und überzeugend formuliert begründete er das handelspolitische Programm unseres Landes etwa wie folgt: Es gilt nunmehr — nachdem die Schweiz bereits Ende 1925 alle Einfuhrbeschränkungen wiederum abgeschafft hatte —, gegen die Autarkiebestrebungen der ersten Nachkriegskrise Front zu machen. Dem übersteigerten Protektionismus muss fortan energisch Einhalt geboten werden. Mit dem provisorischen Verhandlungstarif vom November 1925 ausgerüstet, gibt es für unser Land nur eine Wirtschafts- und Handelspolitik, das ist wiederum eine furchtlose und kräftige Handelsvertragspolitik, die von Cramer-Frey seinerzeit begründete sogenannte Kampfzollpolitik.

Es dürfte nun angezeigt sein, auch an dieser Stelle die seither befolgte neuere schweizerische Handelspolitik kurz zur Darstellung zu bringen. Wir werden uns dabei auf die grundlegenden Richtlinien beschränken und uns gleichzeitig bemühen, zu zeigen, wie sich unsere Handelspolitik in den Gesamtrahmen der jetzigen schweizerischen Wirtschaftspolitik einreicht.

¹⁾ Siehe «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft», 4. Heft, 1926, S. 453—472.

Wenn man mit Leuten aus der Wirtschaft, der Politik und auch der Wissenschaft über unsere Lage spricht, begegnet man nicht selten der Meinung, es fehle dem Bundesrat ein klares, zielbewusstes Wirtschaftsprogramm und er sei höchste Zeit, dass sich in dieser Beziehung der neue Volkswirtschaftsminister etwas weniger Reserve auferlege. Diesen Stimmen aus den verschiedensten Kreisen unseres Volkes hat Herr Bundesrat Obrecht schon bald nach seinem Amtsantritt, am 1. Mai 1935, versucht, möglichst weitgehend Rechnung zu tragen. Ich erinnere an seine erste grosse programmatische Rede im Nationalrat, in der Junisession 1935, dann an die in ziemlich rascher Folge gehaltenen öffentlichen Vorträge bei den Freisinnigen der Stadt Bern, in der Basler Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und, am 24. November 1935, besonders wieder an der Ustertagfeier. Ganz neulich gab die Beratung einer nationalrätlichen Motion dem Chef des Volkswirtschaftsdepartements Gelegenheit, seine Auffassungen über das Wirtschaftsprogramm des Bundesrates darzulegen. Die Motion selber — es war diejenige von Nationalrat R. Grimm — wurde, weil in der Hauptsache durch die getroffenen Massnahmen bereits überholt, vom Ständerat mit grossem Mehr abgelehnt. Zu den Ausführungen von Bundesrat Obrecht schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» in ihrer parlamentarischen Zwischenbilanz vom 19. Januar 1936 wie folgt:

«Aus der Rede des Volkswirtschaftsministers sind folgende Sätze festzuhalten: ‚Nach meiner vollendeten Überzeugung, die ich mir im Verlauf der mehrmonatigen Amtstätigkeit gebildet habe, muss der Weg über die Anpassung gehen. Wenn wir es nicht fertig bringen, unser Preisniveau, unser Kostenniveau in vermehrtem Masse an das Weltniveau anzupassen, werden alle unsere Krisenmassnahmen zu nichts führen. Wir haben jetzt sechs Jahre lang immer im Sinn des Durchhaltens, immer im Sinn des Aufrechterhaltens, im Sinn der Stützung Krisenpolitik getrieben. Und wohin sind wir gekommen? Wir haben eine Situation erreicht, wo unsere eidgenössischen Finanzen bedroht waren, wo die Finanzen der Kantone und der Gemeinden zum Teil jämmerlich dastehen. Das haben wir erreicht. Aber wirtschaftlich sind wir nicht weiter gekommen; mit diesen Mitteln können wir nicht weiter unsere Wirtschaftspolitik durchführen.‘

Der Redner führte dann weiter aus, die Entwicklung komme uns in andern Staaten etwas entgegen. Wo man die Abwertung durchgeführt hat, zeichne sich nach und nach eine Erhöhung des Preis- und Kostenniveaus ab. Wenn wir es nun fertig brächten, uns unseerseits anzupassen im Sinne der Rückbildung unseres Niveaus, dann würden wir uns eines Tages wieder auf einem mittleren Niveau finden, und dann könnte sich die schweizerische Tätigkeit wieder auswirken. Heute kann sie das nicht, weil sie waffenungleich ist. ‚Es muss einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, dass wir mit den Krücken der Kaufkrafttheorie, der künstlichen Hochhaltung von Löhnen und Preisen mit Staatsmitteln uns auf einen Weg begeben, der eines Tages an den Abgrund führt, wo nichts mehr bleibt als die Kluft, an der es keine Alternative mehr gibt als den wirtschaftlichen Absturz. Diese Verhältnisse sollten wir rechtzeitig zu vermeiden suchen. Das wird die Tendenz der Ergänzungsbotschaft sein.‘

Mit dieser Erklärung ist, für den Augenblick, die Lücke ausgefüllt, die nach der Auffassung mehrerer Sprecher im Nationalrat das Finanzprogramm offen gelassen hat. Das Wirtschaftsprogramm soll also dem Finanzprogramm auf dem Fusse folgen. Wird man es in den Ratssälen im Zeichen der ‚Silberstreifen am Horizont‘ diskutieren?»

Welches waren und sind noch heute die grundlegenden Richtlinien der schweizerischen Handelspolitik, und wie reiht sie sich in den Gesamtrahmen der schweizerischen Wirtschaftspolitik überhaupt ein?

II. Allgemeines zur schweizerischen Handelspolitik

Als erste und wichtigste Feststellung möchten wir den Satz vorausschicken, dass die Wirtschaftspolitik eines Landes im allgemeinen und die Handelspolitik im besondern verankert sein müssen in den besondern ökonomischen Verhältnissen seines Wirtschaftsgebietes, sonst erschöpft sie sich in künstlichen Massnahmen, die auf die Dauer zum Misserfolg verurteilt sein müssen. Aufgebaut auf den speziellen wirtschaftlichen Bedürfnissen und der ökonomischen Entwicklung des Landes, kann eine weitsichtige Wirtschafts- und Handelspolitik wesentlich zur Weiterentwicklung einer Volkswirtschaft beitragen. So muss in allererster Linie die schweizerische Handelspolitik auf die Tatsache unserer ausserordentlichen Verflechtung und Verbundenheit mit dem Weltmarkt Rücksicht nehmen und die für unsere ganze Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik so wichtigen internationalen Zusammenhänge entsprechend würdigen.

Trotz unvorteilhafter natürlicher Voraussetzungen ist es der Schweiz gelungen, sich in der Weltwirtschaft eine geachtete Position zu erringen. Es ist dies in der Tat bemerkenswert, wenn wir daran erinnern, dass der Hauptfaktor unserer Volkswirtschaft, das produktive Land, an der Gesamtoberfläche gemessen, einen wenig günstigen Prozentsatz aufweist: der Kulturboden beträgt nämlich nur ca. 77 % der Gesamtoberfläche gegenüber 90 % in Deutschland und sogar 94 % in Frankreich. Es kann auch nicht von einer durchschnittlich besondern Fruchtbarkeit unseres Bodens gesprochen werden, und zudem besitzt die Schweiz sozusagen keine Rohstoffe, die der industriellen Entwicklung ihres Landes speziell förderlich gewesen wären. Ungeachtet dieser Verhältnisse ist die Bevölkerung der Schweiz seit 1860 von rund 2,5 auf über 4 Millionen Personen angewachsen. Nach den Resultaten der Berufszählung vom Jahre 1930 war fast die Hälfte (1 942 626) erwerbstätig. Davon entfallen 420 818 (22 %) auf die Landwirtschaft, 867 037 (45 %) auf Gewerbe und Industrie und 190 213 (10 %) auf Handel, inklusive Bank- und Versicherungswesen. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass seit dem Jahre 1870 der Anteil der landwirtschaftlichen Berufstätigen von 46 auf 22 % gesunken, derjenige für Industrie und Gewerbe dagegen von 42 auf 45 % angewachsen ist und speziell die Gruppe Handel mit einer Zunahme von 6 auf 10 % sich sogar beinahe verdoppelt hat. Schätzungsweise sind minimal $\frac{1}{2}$ Million oder ca. 25—30 % Erwerbstätige vom schweizerischen Export abhängig.

Aus obigen Zahlen geht nicht zuletzt die grosse Bedeutung des Aussenhandels für die schweizerische Volkswirtschaft hervor. Trotz der geschilderten Verhältnisse stand unser Land, das als ausgesprochenes Binnenland keinen direkten Zugang zum Meere hat und daher mit grossen Frachtspesen rechnen muss, mit an der Spitze der Exportstaaten, hinsichtlich des Exportwertes pro Kopf der Bevölkerung, Jahr 1932 (in Schweizerfranken): Dänemark 295, Belgien-Luxemburg 252, Niederlande 248, Kanada 213, Australien 208, Schweiz 187, Norwegen 185, Irischer Freistaat 157, Schweden 146, Grossbritannien 143, Argentinien 130, Deutschland 108, Finnland 98, Tschechoslowakei 76, Österreich 71, Frankreich 65, Vereinigte Staaten von Amerika 65, Lettland 49, Italien

43, Litauen 41, Chile 41, Japan 39, Spanien 31, Rumänien 28, Ungarn 26. Den grössten relativen Export weisen somit diejenigen Staaten mit grossen landwirtschaftlichen Ausfuhrüberschüssen auf. Als Industrieländer figurieren vor der Schweiz nur Holland und Belgien, deren Ziffern indessen als wichtige Transitländer nicht ohne weiteres mit der schweizerischen Ziffer verglichen werden können. Man darf ruhig sagen, dass wohl kaum ein Land derartig mit der Weltwirtschaft verflochten ist wie das unsrige. Der Tüchtigkeit und Unternehmungslust, der Energie und Arbeit unserer Wirtschaftskreise haben wir unsere Stellung in der Weltwirtschaft in erster Linie zu verdanken. Von Anfang an musste sich die Schweiz auf die Produktion hochwertiger, sogenannter Qualitätsartikel verlegen, für die infolge des hohen Arbeitswertes die Transportkosten nicht allzusehr ins Gewicht fallen. Geschicklichkeit des Arbeiters, Kunstsinn und Erfindergeist auf den verschiedensten Gebieten waren die unerlässlichen Voraussetzungen, damit sich die schweizerische Produktion zur eigentlichen Qualitätsproduktion entwickeln konnte. Mehr als irgendein anderes Land ist die Schweiz auf den Export angewiesen. Kein einziger europäischer Staat weist pro Kopf der Bevölkerung einen so grossen Fabrikateexport auf wie die Schweiz. Der Fabrikateexport ist für uns in allererster Linie handelspolitisch bedeutsam, besonders nachdem durch die Fortschritte der Käse-, Schokolade- und Kondensmilchfabrikation im Auslande unseren wichtigsten milchwirtschaftlichen Exportartikeln der Markt in hohem Masse verloren gegangen ist. Dieser Fabrikateexport pro Kopf der Bevölkerung betrug im Jahr:

Fabrikateausfuhr je Kopf der Bevölkerung:

1892 . . . Fr. 164	1923 . . . Fr. 376	1932 . . . Fr. 153
1900 . . . » 195	1928 . . . » 437	1933 . . . » 167 ¹⁾
1913 . . . » 266	1929 . . . » 425	1934 . . . » 168 ¹⁾
1917 . . . » 484	1930 . . . » 358	1935 . . . » 162 ¹⁾
1920 . . . » 744	1931 . . . » 267	

III. Neuere schweizerische Handelspolitik unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Völkerbundes

Erst nach und nach hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die wirtschaftlichen Fragen für die Politik der Staaten, für Krieg und Frieden, von überragender, ja oft von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Einsicht, dass die Lösung sozialer Probleme die Gesundung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Voraussetzung hat, gab dann bekanntlich die Anregung zur Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927. Zum erstenmal wurde hier auf einer internationalen Konferenz der Nachkriegszeit für wichtige Wirtschaftsfragen eine klare einheitliche Stellung bezogen. So stellen die Resolutionen betreffend den internationalen Gütertausch eine entschiedene Kund-

¹⁾ Einschliesslich Veredlungs- und Reparaturverkehr.

gebung der Konferenz dar. Hier wird von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe energisch für eine Beendigung des wirtschaftlichen Wettrüstens eingetreten. Die Konferenz proklamierte einstimmig, dass der Moment gekommen sei, einem weiteren Ansteigen der Zolltarife entgegenzutreten und dass alles daran zu setzen sei, dass diese Tarife sukzessive zwar nicht abgebrochen, aber doch abgebaut werden.

Nach meinen bisherigen Ausführungen wird es verständlich, dass speziell auch die Schweiz intensiv an den Genfer Beratungen des Jahres 1927 mitgewirkt hat, entsprach doch die von ihr von jeher befolgte Wirtschaftspolitik im grossen und ganzen den eindringlichen Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz. Verschiedene voneinander unabhängig durchgeführte internationale Untersuchungen über die Höhe der Zollbelastung in den einzelnen Staaten haben nämlich ergeben, dass der schweizerische Gebrauchstarif des Jahres 1921 zu den niedrigsten Zolltarifen der ganzen Welt gehört. Nur England, Belgien, Holland und Dänemark, alles Staaten, die vom Meer umgeben sind oder doch an dasselbe grenzen, wiesen niedrigere Zölle auf als die Schweiz. Trotz der bescheidenen Erhöhung unserer Eingangszölle im Jahre 1921 hatte sich die schweizerische Einfuhr in der Nachkriegszeit stetig entwickelt und bereits 1927 die Vorkriegssumme wiederum erreicht. Die Schweiz nahm auch dadurch eine Sonderstellung ein, dass sie, im Gegensatz zu den meisten übrigen Staaten, seit dem Jahre 1921 ihre Zölle im allgemeinen nicht nur nicht weiter erhöht, sondern autonom und im Vertragswege nach Möglichkeit ermässigt hatte. Sie hatte also die wichtigste Genfer Empfehlung nicht nur gepredigt, sondern schon seit Jahren auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt. Leider sind bisher alle Bestrebungen, durch gemeinsame internationale Aktionen einen Wall aufzurichten gegen den drohenden wirtschaftlichen Chauvinismus und die damit einhergehenden Autarkiebestrebungen völlig gescheitert. Multilaterale, weltumfassende Abmachungen entsprechend der wirtschaftlichen Magna Charta von Genf, aber auch die eingeschränktere Idee einer europäischen Regelung oder gar nur einer regionalen Verständigung haben leider bisher keinen Erfolg gezeitigt, sodass sich unser Land in der Folge ganz auf sich selbst angewiesen sah.

IV. Die jetzige schweizerische Handelspolitik im Zeichen des Abwehrkampfes

So blieb schliesslich nach all den intensiven, ja leidenschaftlichen Bemühungen für eine wirtschaftliche Verständigung auf internationalem Boden nach deren völligem Scheitern nichts anderes übrig, als sich in verstärktem Masse auf seine eigene Kraft zu stützen. Ich betone nochmals, dass sich die Schweiz und insbesondere ihr Unterhändler an allen wirtschaftlichen Konferenzen, Herr Minister Stucki, mit der grössten Energie für die wirtschaftliche internationale Zusammenarbeit eingesetzt hat. Ich erinnere insbesondere an seine oft richtunggebende Tätigkeit an der ersten Weltwirtschaftskonferenz in Genf von 1927, an den Konferenzen zur Abschaffung der Einfuhrbeschränkungen, ferner bei der Ausarbeitung der Konventionen für Häute und Felle, an den

Arbeiten für einen internationalen Zollwaffenstillstand, die schliesslich zu der mehr als bescheidenen internationalen Handelskonvention des Jahres 1930 geführt haben. Wohl am meisten Aufsehen hat Stuckis mutiges Auftreten im Oktober 1931 erregt, als er der Völkerbundsversammlung die Lage der Schweiz mit eindringlichen Worten schilderte und mit Rücksicht auf das Scheitern aller internationalen wirtschaftlichen Verständigungsarbeit ausserordentliche Abwehrmassnahmen des Bundesrates ankündigte. Mit klarem Blick hat Herr Direktor Stucki damals rechtzeitig das Ende der weltwirtschaftlichen Aera erfasst. Aus dem leidenschaftlichen Anhänger der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde in der Folge der überzeugte Kompensationspolitiker. In zahlreichen grossen Versammlungen verteidigte er seine Schwenkung sowie die Politik des Bundesrates in unermüdlicher, formvollendeter Weise. Eine Reihe geradezu «geflügelter Worte» stammen aus dieser Zeit von ihm, so etwa seine Formulierung, dass es für die Schweiz viel besser sei, für Fr. 100 exportieren zu können, als für die gleiche Summe die Einfuhr drosseln zu müssen, oder etwa der Ausdruck, die Schweiz sei eben in diesen stürmischen Zeiten gezwungen, das Steuer ihrer Handelspolitik umzudrehen, sie müsse sich — ganz gegen ihre Überzeugung und ihren Willen — nun einmal diesen unerwünschten internationalen Verhältnissen anpassen, da sich unser Land doch nicht um eines Ideales willen völlig opfern könne. Herr Minister Stucki hat es auch meisterhaft verstanden, diesen Wandel der Verhältnisse und die sich darauf gebieterisch aufdrängenden handels- und zollpolitischen Notmassnahmen der Schweiz international zu vertreten und auch durchzusetzen.

Der Bundesrat sah sich also in der Folge zu energischen Abwehrmassnahmen gezwungen, nachdem bereits Mitte 1930 in Amerika der bekannte Hawley-Smoot-Zolltarif in Kraft getreten war, der bekanntlich für wichtige schweizerische Exportprodukte nahezu prohibitive Zölle aufweist, Grossbritannien im September 1931 den Goldstandard verlassen hatte und nach und nach fast alle wichtigeren Handelsstaaten der Welt zu Währungsentwertungen oder Devisenbewirtschaftungen Zuflucht genommen haben, von allen andern unzähligen Erschwerungen des internationalen Güterausstausches im einzelnen gar nicht zu sprechen. Als Folge dieser Verhältnisse gestaltete sich die wirtschaftliche Lage auch in der Schweiz immer besorgnisserregender. Die normalerweise rund $\frac{1}{2}$ Milliarde Franken betragende Passivität der Handelsbilanz stieg im Jahre 1931 bereits auf über 900 Millionen Franken, und eine wesentliche weitere Verschlechterung war ohne Abwehrmassnahmen sicher zu erwarten. Auch die Zahl der Arbeitslosen stieg in rascher Folge vom Monatsdurchschnitt der Jahre 1927—1930 von rund 10 000 Personen gegen Ende 1931 bereits auf 50 000 Leute, wozu sich mindestens noch ebensoviel Teilarbeitslose gesellten. Am 14. Dezember 1931 gelangte deshalb der Bundesrat mit einer Botschaft an die eidgenössischen Räte zwecks Erlangung ausserordentlicher Kompetenzen betreffend die Beschränkung der Wareneinfuhr, und bereits am 23. Dezember 1931 erfolgte der dringliche Bundesbeschluss über die Beschränkung der Einfuhr. Da einstweilen an eine Erhöhung des Exportes nicht zu denken war, musste die Schweiz die dringend nötige Korrektur ihrer Warenhandels-

bilanz — deren Passivum dann im folgenden Jahre 1932 nahezu eine Milliarde Franken erreichte — durch eine Beschränkung der Einfuhr suchen. Was das für die so eng mit der Weltwirtschaft verbundene schweizerische Volkswirtschaft bedeutete, konnte niemand besser ermessen als der Sprechende, der bereits in den Jahren 1921—1925 bei der Durchführung der damaligen Einfuhrbeschränkungen mitgewirkt hatte. Auch diesmal wieder gaben wir uns Rechenschaft, dass die Drosselung der übermässigen Einfuhr nicht auf dem Wege genereller Zollmassnahmen zu erreichen war, weil im einen Fall auch sehr hohe Zölle nicht wirksam gewesen wären und in andern Fällen sogar mittlere Zoll erhöhungen prohibitiv und vor allem stark preisverteuernd gewirkt hätten. Wir kamen daher, wie Anfang 1921, wiederum zum System der mengenmässigen Beschränkung des Importes durch das Mittel der Einfuhrkontingentierung.

Die Einfuhrkontingentierung

a) Lange Zeit ist dieses handelspolitische Abwehrmittel intern, aber auch extern verkannt und verurteilt worden. Wir kennen seine Nachteile und die damit verbundene Bureaucratie und Belastung der betroffenen Wirtschaftskreise nur zu gut. Wollte man aber die übermässig angeschwollene Einfuhr auf eine erträgliche Menge zurückdämmen, so gab es nach unserer vollendeten Überzeugung kein besseres Mittel hiefür. Der grosse Vorteil liegt vor allem darin, dass es weitgehend den besondern Verhältnissen angepasst werden kann. Es erfordert nicht schablonenmässige Anwendung gegenüber allen Warengruppen und Provenienzen, sondern ermöglicht die absolut erforderliche Bewegungsfreiheit und Anpassungsfähigkeit. Wir haben der Welt an der Londoner Wirtschaftskonferenz des Jahres 1933 den Nachweis erbracht, dass Valuta-Entwertung und Devisenbewirtschaftung in der Regel für den Welthandel unendlich viel grössere Hemmungen darstellen als das Kontingentierungssystem, wie es beispielsweise von der Schweiz gehandhabt wird. So ist denn auch unsere Einfuhr durch unsere Kontingentierungen wesentlich weniger eingeschränkt worden als unsere Ausfuhr durch die andern Massnahmen des Auslandes gelitten hat. Im Gegensatz zu den Zollansätzen findet nach der überwiegenden Auffassung — es ist dies auch die vorherrschende Auffassung des Comité économique des Völkerbundes sowie der Londoner Weltwirtschaftskonferenz — die Meistbegünstigungsklausel keine starre Anwendung auf die Einfuhrbeschränkungen. Erst dadurch wird es der modernen Handelspolitik in vermehrtem Masse möglich, dem Gedanken der Reziprozität in den internationalen Handelsbeziehungen angemessen Rechnung tragen zu können. Ohne diese Möglichkeit wäre nach meiner Auffassung das ganze handelspolitische Vertragsnetz der Nachkriegszeit restlos in die Brüche gegangen. So aber wurden die bestehenden Handelsverträge durch zahlreiche Kontingentierungsabkommen zeitgemäss ergänzt und ermöglichten doch in einem gewissen Umfange die gegenseitigen Handelsbeziehungen auf einer vertraglichen Grundlage. Nur derjenige, der tagtäglich mit diesen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu tun hat, kann die Wohltat der vertraglichen Regelung gegenüber der völlig autonomen Handelspolitik gewisser Staaten richtig beurteilen. Es muss nämlich

hier ausdrücklich festgestellt werden, dass die Kontingentierungsmassnahmen nicht nur den Zweck haben, den Inlandsmarkt vor der anormalen Auslandskonkurrenz zu schützen, sondern dass der Bundesrat von Anfang an die Einfuhrbeschränkungen in den

b) Dienst des Exportes stellte, indem er eben den guten Abnehmerstaaten entsprechend grössere Einfuhrmöglichkeiten gewährte. Diese Seite der Kontingentierungsmassnahmen kommt denn auch deutlich in Erscheinung im abgeänderten ursprünglichen Bundesbeschluss über die Beschränkung der Einfuhr, d. h. im Bundesbeschluss über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland vom 14. Oktober 1933. Art. 1 dieses Beschlusses spricht nun neben dem Schutze der nationalen Produktion insbesondere auch von Massnahmen zur Förderung des Exportes sowie solchen im Interesse der schweizerischen Zahlungsbilanz. Die Vielgestaltigkeit der Probleme, die wir heutzutage mit den uns übertragenen ausserordentlichen Vollmachten zu meistern haben, wird sehr oft übersehen, wenn die getroffenen Massnahmen und insbesondere deren Durchführung durch die Handelsabteilung, speziell aber auch die Sektion für Einfuhr, kritisiert werden. Wir sind für jede sachliche Kritik empfänglich, gestatten uns aber, darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten, besonders unserer Einfuhrsektion, mit denen der Jahre 1921 bis 1925 nicht verglichen werden können, und wenn es nur deshalb wäre, dass damals die Einfuhrbeschränkungen im allgemeinen nur über die Ost- und Nordgrenze in grösserem Umfange zur Anwendung gelangten, die meisten Währungen der Welt intakt geblieben waren und eine Devisenbewirtschaftung vom heutigen Ausmass überhaupt nicht bekannt war. Wir sind im übrigen auch in Zukunft bestrebt, die leider immer noch nicht entbehrlichen Einfuhrbeschränkungen so zu handhaben, dass berechnigte Klagen immer mehr verstummen und die interessierten Kreise bei deren Durchführung vermehrt zur Mitwirkung herangezogen werden.

Wir werden besonders auch der Frage der Preisversteifung als Folge der Einfuhrbeschränkungen unsere vollste Aufmerksamkeit widmen und überall dort, wo handelspolitische und innerwirtschaftliche Verhältnisse es zulassen, die Möglichkeit der Lockerung der starren Länderzuteilung erwägen. Das gleiche gilt in bezug auf die Erteilung von Kontingentsbewilligungen auf nur kurze Fristen und das Verfallen dieser Bewilligungen am Ende der Frist, wodurch die Disposition des Importhandels und oft die Ausnützung einer günstigen preislichen Situation verunmöglicht wird.

Gestatten Sie mir ferner die nachfolgenden Ausführungen betreffend das in der Öffentlichkeit häufig als ungerecht kritisierte

c) System der «Stichjahre». Die Einfuhrbewilligungen werden in der Regel auf Grund der Einfuhr in einem bestimmten Stichjahr — ursprünglich meist 1931 — erteilt. Wir haben in unsern Berichten über die Einfuhrbeschränkungen die Gründe, die uns zur Wahl dieses Systems bewogen haben, erörtert. Je weiter wir uns jedoch vom Stichjahr entfernen, um so weniger entsprechen dessen Verhältnisse der heutigen Realität und um so mehr besteht die Gefahr,

dass ein Teil der Einfuhr nur noch formell über die kontingentberechtigten Firmen geht, in Wirklichkeit aber eine Anzahl unter ihnen ihre Bewilligung verfallen lässt, oder an andere — aufstrebende — Firmen abtritt oder sogar an diese verkauft. Dieser Gefahr wird nun heute dadurch weitgehend Rechnung getragen, dass von Jahr zu Jahr grössere Kontingentsreserven geschaffen werden, woraus die Ansprüche neuer oder aufstrebender Firmen befriedigt werden können. Die Erfahrung zeigt aber, dass auch von solchen neuen oder kleinen Firmen Kontingente nicht immer deshalb verlangt werden, um wirklich zu importieren, sondern auch einfach, um sie den alten Firmen gegen Entgelt abzutreten. Eine gewisse Vorsicht ist daher auch gegenüber jungen Firmen am Platze. Bei Waren, deren Einfuhr grosse Risiken in sich schliesst und gediegene kaufmännische Kenntnisse und Erfahrungen, namhafte Kapitalien und Beziehungen zu den ausländischen Lieferanten erfordert, aber auch, wo die regelmässige und gesicherte Landesversorgung von grosser Bedeutung ist, wird vor der Erteilung der Bewilligungen geprüft werden müssen, ob der Gesuchsteller allen diesen Erfordernissen gerecht zu werden vermag. Eine oft vorgeschlagene, vielfach aber auch bekämpfte Möglichkeit des Einbezugs junger Firmen in den Grosshandel liegt darin, dass an Stelle der Basierung auf ein bestimmtes Stichjahr Kontingente denen erteilt werden, die sich über einen bestimmten Bezug im Inland ausweisen können.

Aber auch von andern Kreisen wird immer wieder das Begehren gestellt, die jetzige Basis für die Berechnung der Kontingente fallen zu lassen, um zu einem System überzugehen, bei dem Kontingente nur gegen bestimmte Leistungen gewährt werden. Diese Frage ist auch wiederholt und eingehend von der Handelsabteilung und der Sektion für Einfuhr geprüft worden und überall dort, wo die

d) Anwendung des Leistungssystems möglich ist, wird es praktiziert, in der Regel kombiniert mit dem System der Kontingente, gestützt auf die nachgewiesenen Einfuhren in einem bestimmten Stichjahr. Dem System sind aber Grenzen gesetzt aus folgenden Gründen:

Die Befürworter des Systems berufen sich immer wieder auf die Durchführung der Beschränkung in den 20er Jahren. Heute ist aber die handelspolitische Lage eine ganz andere als damals, indem eine Reihe von Abkommen mit ausländischen Staaten die lückenlose Anwendung dieses Systems ausschliessen.

Vielen Firmen kann eine Leistung, wie z. B. der Inlandbezug, nicht zugemutet werden. Oft fehlt die nötige Organisation hiezu, oder aber die Firmen haben nicht den Absatz für Inlandware, so z. B. Vertreterfirmen, Agenten, Grossisten. Das Wirtschaftsgebiet ist so klein, dass für den Vertrieb einheimischer Produkte der Grossist oder der Vertreter ein überflüssiges Zwischenglied ist. Der Abnehmer verkehrt direkt mit der Fabrik, oder die Fabrik verkauft durch ihre Reisenden. In einigen Branchen haben sogar die Fabriken ihre eigenen Detailverkaufsorganisationen. Wenn die Fabriken Vertreter brauchen, so sind diese meistens schon da, und für neue Vertreter ist kein Platz mehr.

Die zwangsläufige Durchführung des Leistungssystems würde in vielen Gebieten Firmen zwingen, ein ihnen völlig fremdes Gebiet aufzunehmen. In vielen Branchen hat sich eine strukturelle Aufteilung herausgebildet. Eine gewisse Gruppe des Handels befasst sich lediglich mit dem Import, während der andere Teil der Händlerschaft vornehmlich Inlandware vertreibt. Verpflichtete man die erste Gruppe, in vermehrtem Masse Inlandware aufzunehmen, so würde daraus für den Absatz keine Erleichterung resultieren. Der Handel, der bisher normalerweise die Produktion aufgenommen hat, würde von diesem Geschäft verdrängt, um es den Importeuren zu überlassen. Es ergäbe sich keine Besserung, sondern lediglich eine Verschiebung mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen für eine namhafte Gruppe des Handels. Diese Verschiebung bringt es mit sich, dass die zur Aufnahme von Inlandprodukten gezwungenen Firmen in nicht kommerzieller Weise die inländische Ware verkaufen. Es sind entsprechende Erfahrungen gemacht worden auf dem Gebiete des Holzes, der Gemüse und Früchte und der Teppiche. Notgedrungen haben die Firmen, um zu Kontingenten zu kommen, Inlandware aufgenommen, sie aber zu Selbstkosten oder mit Verlust abgestossen. Dies hat sich auf dem Markt ungünstig ausgewirkt, und statt eines vermehrten Schutzes ergaben sich ernste Nachteile.

In allen jenen Gebieten, in denen die Inlandproduktion schwankt, ist es nahezu nicht möglich, einen den Verhältnissen angepassten Schlüssel zu finden für die Relation zwischen Inlandbezug und Import. Es wäre unverständlich, wenn z. B. bei einer grossen Ernte viel Ware aufgenommen wird und dann, obwohl der Bedarf besser gedeckt ist als sonst, noch mehr Kontingente verteilt würden.

Die Leistung ist auch insofern schwierig zu bemessen, als man aus praktischen Gründen nicht auf Mehrbezüge abstellen kann. Firmen, die normalerweise Inlandprodukte vertreiben, würden beim reinen Leistungssystem Kontingente zugesprochen werden müssen, obwohl sie sich mit dem Import nie befassten. Das Leistungssystem wird denn auch in der Regel nur von solchen Interessenten vertreten, die dank ihrer grossen und starken Organisation in der Lage sind, viel Inlandprodukte aufzunehmen. Besonders aber sind die selbstdetaillierenden Geschäfte an dem System interessiert, weil sie in ihrer Verkaufsorganisation auf alle Fälle die Inlandprodukte benötigen. Wir sind daher nach reiflicher Prüfung zum Schlusse gekommen, dass das sogenannte Leistungssystem in vielen und wichtigen Fällen vom innerwirtschaftlichen Standpunkt aus als unmöglich bezeichnet werden muss und dass im fernern dessen konsequenter Anwendung wichtige handelsvertragliche Bedenken entgegenstehen.

Schliesslich erlaube ich mir noch, zu unserer teilweisen Entlastung einen Passus aus dem letztjährigen Jahresbericht von Herrn Nationalrat Gattiker, dem Präsidenten der Textil-Treuhandstelle in Zürich, zu zitieren, der sich ebenfalls mit der Durchführung der Einfuhrbeschränkungen, speziell für Baumwoll- und Wollgewebe, befasst und sich wie folgt äussert:

«Hinsichtlich der Firmenkontingente ist ein grosser Meinungsstreit entstanden, der Presse und Konferenzen in Anspruch nimmt. Das Festhalten an bestimmten Stichjahren wird

verworfen und ganz allgemein dem sogenannten Leistungssystem gerufen. Einfuhrkontingent soll nur noch derjenige erhalten, der Schweizerkäufe macht.

Dieses Begehren erheischt eine sorgsame Prüfung, um so mehr, als der Schein der Gerechtigkeit auf seiner Seite zu stehen scheint. Allein es ergibt sich hier einmal mehr, dass fremde Methoden von uns nicht einfach übernommen werden können. Gewisse Industrien haben früher bewusst den Inlandsmarkt vernachlässigt und die Befriedigung der legitimen Konsumbedürfnisse dem Handel überlassen; andere Industrien haben den Absatz ihrer Produkte von jeher im Inland gesucht und dem Händler nur den Handel mit ausländischen Erzeugnissen gelassen. So kann die Frage nicht einseitig gelöst werden, und es zeigen sich neuerdings die Vorteile unserer Organisation, die mit Leichtigkeit sich besonderen Bedürfnissen anpassen kann.

Die von unserem Vorstande gefundene und von der Handelsabteilung sanktionierte Lösung besteht darin, dass auf allen Kontingenten gewisse Reserven zurückbehalten werden, die nach dem Leistungsprinzip, d. h. auf Grund der Inlandkäufe, gewissermassen zurückerworben werden können. Auf der gleichen Basis erhalten Neugründungen Importkontingente. Der Verteilungsschlüssel ist den fließenden Verhältnissen wiederholt angepasst worden. Wir haben die Genugtuung, dass unser System der Kontingentshandhabung an einer am 25. April 1934 abgehaltenen Konferenz von den am meisten unzufriedenen Berufsgruppen als vorbildlich bezeichnet worden ist.»

Aus den bisher gemachten Ausführungen geht mit aller Deutlichkeit die absolute Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer Einfuhrbeschränkungen hervor. Ohne das Bestehen derselben würden unsere zahlreichen Kontingentsabkommen mit den verschiedensten Staaten dahinfliegen, und neue Verbesserungen unserer Aussenhandelsbeziehungen auf diesem Wege wären nicht mehr möglich. Aber auch die Kompensationspolitik ist ohne Einfuhrbeschränkungen nicht durchführbar, und der Abschluss von Clearing- und Verrechnungsabkommen würde in Zukunft unmöglich. Was das heisst, können Sie sich am besten etwa vergegenwärtigen, wenn ich Sie an unsere Beziehungen mit Deutschland und Italien sowie den östlichen Staaten erinnere. Ohne Einfuhrbeschränkungen wäre es der Schweiz ferner nicht möglich gewesen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit dem südlichen Nachbarn im Hinblick auf die Sanktionenfrage im Rahmen des Völkerbundes vertraglich zu regeln. Aber auch der Abschluss des neuen Tarifhandelsvertrages mit den U. S. A. ist ohne das Mittel der Kontingentierung undenkbar.

V. Lockerung der ausserordentlichen Schutzmassnahmen

Wenn wir uns also aus voller Überzeugung für die Beibehaltung der Kontingentierungsmassnahmen aussprechen, sind wir umgekehrt mit der Lockerung derjenigen Einfuhrbeschränkungen, die sich binnenwirtschaftlich oder handelspolitisch nicht als unbedingt notwendig erweisen, völlig einverstanden. Es soll dies — wo immer möglich — im Interesse unserer Exportwirtschaft auf dem Wege von vertraglichen Abmachungen mit dem Ausland geschehen. Die Einfuhrbeschränkungen sollen also nach wie vor in den Dienst einer energischen, zielbewussten und unerschrockenen Handelsvertragspolitik gestellt werden. Dass dies auch heute noch möglich ist, beweist die zunehmende Zahl vertraglicher Abmachungen mit einer Reihe von ausländischen Staaten über Kontingentierungsfragen. Ganz evident wurde aber in jüngster Zeit diese Seite der schweizerischen Kontingentierungspolitik im Zusammenhang mit dem Abschluss

des ersten Tarifhandelsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 9. Januar 1936. Der eine oder andere unter Ihnen wird sich vielleicht gefragt haben: Ja, ist es denn möglich, dass zwischen den beiden Ländern, die von jeher einen sehr bedeutenden Handelsverkehr unterhielten, bis jetzt dieser Verkehr nicht vertraglich geregelt war?

So ist es in der Tat gewesen. Allerdings hatten die beiden Schwesterrepubliken ihre vorzüglichen Beziehungen schon im Jahre 1850 durch den Abschluss eines Freundschafts-, Niederlassungs-, Handels- und Auslieferungsvertrages bekräftigt. Dieser Vertrag stellte den gegenseitigen Warenaustausch auf den Boden der sogenannten Meistbegünstigung, d. h. es verpflichtete sich jedes Land, die Erzeugnisse des andern bei der Einfuhr nicht ungünstiger zu behandeln als die gleichen oder gleichartigen Waren irgendeines dritten Staates. Im Jahre 1899 kündigte dann aber die nordamerikanische Union die Vereinbarungen des Abkommens von 1850 über den Warenverkehr, und seither bestand zwischen den beiden Ländern für diesen Verkehr ein vertragloser Zustand. Immerhin fuhr jedes Land auch ohne besondere Abmachung fort, die Waren des andern zu den niedrigsten in Kraft stehenden Zöllen zuzulassen. Trotzdem tauchten schwere Wolken am Horizont auf: Aller Fesseln einer vertraglichen Festlegung von Zöllen ledig und mit ihrem sehr bedeutenden Binnenmarkt verhältnismässig viel weniger als andere Länder auf die Ausfuhr angewiesen, bauten die Vereinigten Staaten ihren Zolltarif im Frühjahr 1930 zu einem mächtigen Schutzwall aus, der sich für viele Waren als unübersteigbar erwies. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten schrumpfte zusammen. Hatte sie — ohne den Veredlungsverkehr — in den Jahren bis 1929 regelmässig rund um die 200 Millionen Franken — meistens etwas mehr — betragen, so fiel sie schon im Jahre 1930 auf 144 Millionen, um sich dann — immer der Veredlungsverkehr nicht inbegriffen — weiter auf 92 Millionen im Jahre 1931, 51 Millionen im Jahre 1933 und 41 Millionen im Jahre 1934 zu senken. Es wäre ungerecht, diesen Zerfall eines einst blühenden Exportes nur dem amerikanischen Tarif von 1930 in die Schuhe schieben zu wollen: die allgemeine Weltkrise, später die Entwertung des Dollars und für einzelne Industrien auch die Ungunst der Mode trugen teilweise zu jener katastrophalen Entwicklung bei.

Mehr als die meisten andern Staaten ist bekanntlich die Schweiz als stark bevölkertes und rohstoffarmes Land auf die Ausfuhr angewiesen. Sie begrüsst es daher aufrichtig und mit Erleichterung, als sich vor nahezu zwei Jahren ein Umschwung in der amerikanischen Handels- und Zollpolitik ankündigte. Die Vereinigten Staaten, die bisher zu den eifrigsten Anhängern der Zollautonomie, d. h. des freien Verfügungsrechts über die Gestaltung der Zolltarife, gehörten, hatten etwas aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt. Einsichtige Männer, unter ihnen vor allem Präsident Roosevelt und sein Staatssekretär Hull, aber auch andere hervorragende und massgebende Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, sahen ein, dass die Ausfuhr für Amerika doch bedeutungsvoller ist als man gemeinhin angenommen hatte, und dass auf die Dauer kein Export ohne Import möglich wäre. Gemäss dem Antrag von Präsident Roosevelt gab ihm im Juni 1934 der Kongress die Ermächtigung, während

drei Jahren mit andern Staaten Handelsverträge abzuschliessen, die jedoch keine feste Gültigkeitsdauer von über drei Jahren haben und keinen geltenden Zollansatz um mehr als 50 % ermässigen dürfen.

Sobald die amerikanische Regierung die parlamentarische Ermächtigung erhalten hatte, liess der Bundesrat sie wissen, dass die Schweiz gerne zu Handelsvertragsunterhandlungen bereit sei. Der schweizerische Wunsch fand die nötige Gegenliebe. Die Verhandlungen begannen anfangs Juni in Washington, und zwar in althergebrachter Weise durch mündliche Besprechungen zwischen Delegationen der beiden Staaten. Unser bewährter Unterhändler, Herr Minister Stucki, vertrat die Schweiz. In der kurzen Frist von acht Tagen waren die beiderseitigen Ziele abgesteckt und die Grundsteine für einen Handelsvertrag gelegt. Es galt, das Erreichte und das von der Gegenseite noch Geforderte mit den in Betracht kommenden Kreisen näher zu prüfen und dann von der anfangs Juni erreichten Plattform aus weiter zu bauen. Nach einem Unterbruch von etwas über drei Monaten wurden im September die Besprechungen wieder aufgenommen, wobei sich diesmal die Schweiz durch ihre Gesandtschaft in Washington, unter Beizug des Generalkonsuls in New York, vertreten liess. Der Kosten wegen verzichtete man also auf die nochmalige Entsendung einer besondern Delegation aus der Schweiz.

Dank der vorzüglichen Einfühlung der amtlichen schweizerischen Vertretungen in Washington und New York war es trotzdem möglich, auf diesem ungewöhnlichen Wege der Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Am 9. Januar konnte der Handelsvertrag unterzeichnet werden.

Sein ausführlicher Textteil enthält neben Bestimmungen, wie wir sie im Kern sozusagen in allen Abkommen dieser Art finden, auch solche, die Zeugnis von dem Eifer ablegen, mit dem die amerikanischen Sachverständigen an die ihnen ungewohnte, weil neue, Aufgabe herangetreten sind. Zwei Tarifbeilagen ergänzen den Textteil. Die eine umfasst die schweizerischen Zugeständnisse an die Vereinigten Staaten, die andere die amerikanischen Konzessionen an die Schweiz. Die schweizerische Landwirtschaft — für den Käse —, die Uhrenindustrie, die Stickereiindustrie, die Baumwollweberei, die Hutgeflechtindustrie, die chemische Industrie — für Teerfarben, gewisse Riechstoffe und verschiedene andere ihrer Erzeugnisse —, die Feilenindustrie, zum Teil auch die Kunstseidenfabrikation, die Wirkerei und Strickerei, die Seidenweberei, der Maschinenbau, die Schraubenindustrie, die Schuhindustrie und verschiedene andere mehr haben Zollermässigungen auf dem amerikanischen Tarif oder wenigstens die Sicherung vor Zollerhöhungen erlangt. Als Gegengabe gewährte die Schweiz Zollermässigungen und Zollbindungen für eine Reihe amerikanischer Erzeugnisse und insbesondere eine grössere Zahl fester Einfuhrkontingente.

Der neue Vertrag beruht also auf Zugeständnissen von hüben und drüben, die sich ungefähr die Wage halten dürften; denn auf dem Gebiete der Handelsvertragspolitik gilt weder das biblische Wort, wonach Geben seliger ist als Nehmen, noch kommt man auf die Dauer mit der höchst modernen Tendenz durch, möglichst viel auszuführen und den Produkten der andern Staaten die Tore zu sperren. Nach wie vor gründet sich jede ernsthafte und erfolg-

reiche Handelspolitik auf den alten Grundsatz des «do ut des», des ausgewogenen Gebens und Nehmens. Und weil dieser Grundsatz auch bei den schweizerisch-amerikanischen Verhandlungen nicht vernachlässigt worden ist, können beide Vertragspartner mit dem Ergebnis zufrieden sein und darf man hoffen, dass dieses Ergebnis den gegenseitigen Handelsbeziehungen zum Segen gereichen werde. Mit dieser Hoffnung schliessen wir unsere kurze Betrachtung über den Benjamin der schweizerischen Handelsverträge, der bereits am 24. Januar im Handelsamtsblatt in seinem vollen Wortlaut veröffentlicht wurde und der ab 15. Februar zur Anwendung gelangen wird.

Ein berufener Vertreter des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins würdigte den neuen Handelsvertrag mit nachfolgenden interessanten und zutreffenden Ausführungen:

«In der Tat stand hier ein nach den eigenen Worten seiner Regierung bis zum Übermass protektionistisch gerüsteter Staat, der überdies eine Währungsentwertung vorgenommen hatte, einem Lande gegenüber, das an seiner alten Goldparität festhält und dessen Zollpolitik im allgemeinen und wesentlichen auf einem mässigen Schutzzoll beruht, der nicht selten mehr an der Aera des Freihandels als am Hochprotektionismus der Gegenwart orientiert ist. Bei derart inkommensurablen Verhältnissen liegt es auf der Hand, dass dem vor Schutz strotzenden Teil zugemutet werden muss, den Abstieg von seinem Zollhochplateau grösstenteils allein zu machen; denn zwei Zolltarife, von denen der eine als Normalfall Zölle zwischen 50 und 100 % vom Wert besitzt, währenddem der andere mit seiner Zollbelastung in der Regel unter 20 % bleibt, können nicht gemeinsam abgebaut werden, wenn sich daraus eine Annäherung ergeben soll. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, hat deshalb die Schweiz Amerika keine Zollerlässigungen, sondern lediglich die Bindung einer Anzahl bestehender Zölle gewähren können, was bei dem bescheidenen Niveau des schweizerischen Gebrauchtstarifs auch keine schlechte Leistung ist, wenn sie schon im Vergleich zum bisherigen Stand für Amerika keine Verbesserung bedeutet. Wenn trotz dieser beschränkten Konzessionsmöglichkeit im Bereiche des Zolltarifs die Schweiz gleichwohl nicht mit leeren Händen zu den Verhandlungen kam und damit Amerika mehr als nur die Gelegenheit zur Betätigung einer späten handelspolitischen Erkenntnis bot, so ist das ihrer Kontingentierungspolitik zuzuschreiben, die es ihr erlaubte, den Vereinigten Staaten in grösserem Umfange tatsächliche Einfuhrerleichterungen einzuräumen. Einmal mehr hat sich auf diese Weise die potentielle handelspolitische Energie, die in der Einfuhrkontingentierung liegt — und die vom gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wahrscheinlich oft wichtiger ist als ihr protektionistischer Gehalt — für die auswärtige Handelspolitik der Schweiz als fruchtbar erwiesen. Den geschützten Produktionszweigen wird zwar die Lockerung der Einfuhrsperrre ein unwillkommenes Neujahrgeschenk sein. Solcher Unlust gegenüber muss aber immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die Genesis der schweizerischen Kontingentierungspolitik mindestens so sehr eine handelspolitisch taktische als eine protektionistische war, wenn schon allerdings sich immer deutlicher das vollzogene hat, was man eine ‚Substitution des Grundes‘ nennen könnte, obwohl unter dem Wandel der weltwirtschaftlichen Verhältnisse streng sachlich der protektionistische Grund für die Schweiz immer problematischer und demgemäss der handelspolitisch taktische Zweck der Kontingentierung immer gewichtiger wird. Deshalb ist es denn etwa auch keineswegs ein Widerspruch zur schweizerischen Wirtschaftspolitik, wenn jetzt den Vereinigten Staaten, als einem Land, das eine Währungsdevaluation durchgemacht hat, Einfuhrerleichterungen gewährt werden. Denn es wird für die Schweiz höchste Zeit, sich so oder anders dem Weltniveau anzupassen, mag dieses noch so sehr von Währungsabwertungen beeinflusst sein, weil sie ohne den Anschluss an die ‚devalvierte‘ Welt nicht bestehen kann; die Anpassung kommt jedoch nicht durch fromme Sprüche platonischer Resolutionen, sondern einzig aus dem Zwang der Notwendigkeit.»

Gestützt auf unsere bisherigen Ausführungen glauben wir, an der seit längerer Zeit betriebenen Politik der Lockerung der Einfuhrbeschrän-

kungen, und zwar vornehmlich auf dem Verhandlungswege gegen Erleichterungen für die schweizerische Exportwirtschaft, festhalten zu müssen. Nötigenfalls wird sogar in gewissen Fällen der autonome Weg der Lockerung gewisser ausserordentlicher Schutzmassnahmen in Erwägung zu ziehen sein. Dies dürfte sich dort als unumgängliche Notwendigkeit erweisen, wo solche Massnahmen weder binnenwirtschaftlich gerechtfertigt noch handelspolitisch notwendig sind, andererseits aber die getroffene Einfuhrmassnahme eine Hauptursache für eine konstatierte Preisversteifung darstellt. Wir haben ja immer darauf hingewiesen, dass wir die Kontingentierungen als vorübergehende, ausserordentliche Massnahmen betrachten. Wenn auch von den 54 am Welthandel beteiligten Staaten heute nur noch 15 einigermaßen normale Handelsbeziehungen aufweisen, wird niemand bestreiten können, dass der ausserordentliche Einfuhrandrang der Jahre 1931 u. ff. heute im allgemeinen nicht mehr im frühern Umfang besteht und durchschnittlich von einer wirklich anormalen Einfuhr wohl kaum mehr gesprochen werden kann. Sollen jedoch die ausserordentlichen Schutzmassnahmen im Sinne einer angemessenen Lockerung gehandhabt werden können, dann wird eine zeitgemässe, mit klar umschriebenen Kompetenzen ausgestattete, verschärfte Preiskontrolle zur absoluten Notwendigkeit. Es ist dringend zu hoffen, dass die eidgenössischen Räte die hier noch klaffende Lücke durch möglichst baldige Verabschiedung der Ergänzungsbotschaft des Bundesrates vom 10. Januar 1936 betreffend die Überwachung von Warenpreisen schliessen werden. Schliesslich soll auch nach der einstimmigen Auffassung der bundesrätlichen Expertenkommission im Erlass neuer ausserordentlicher Schutzmassnahmen, mit Rücksicht auf die bestehenden Handels-, Kompensations- und Clearingverträge, sowie auf die Notwendigkeit der Lockerung der getroffenen Abwehrmassnahmen, wie schon seit Monaten äusserste Zurückhaltung geübt werden. Nicht Erlass neuer Schutzmassnahmen, sondern etappenweise, handelsvertragliche Lockerung der bestehenden, muss für die schweizerische Handelspolitik die Parole der nächsten Zukunft sein.

VI. Clearing- und Kompensationsverkehr

Sie haben aus den bisherigen Ausführungen gesehen, dass die Einfuhrbeschränkungen nicht nur etwa ausschliesslich im Sinne eines vermehrten Schutzes des Inlandsmarktes angewendet, sondern besonders auch dem Export dienstbar gemacht werden, wo immer die Verhältnisse es zulassen. Aber der sogenannte Clearing- und Kompensationsverkehr, der im Interesse der Exportwirtschaft, des Personen- und Kapitalverkehrs sowie der Zahlungsbilanz eingeführt wurde, ist wirksam ohne die Institution der Einfuhrbeschränkungen kaum denkbar. Damit kommen wir zu einer kurzen Betrachtung des sogenannten

1. Clearingverkehrs

Der Ausgangspunkt für unsere Clearingverträge war somit die Tatsache, dass in einer Reihe von Staaten wegen entgegenstehender Devisenbewirtschaft-

tung die Zahlung des schweizerischen Exportes weitgehend verunmöglicht wurde. Im Interesse des Exportes, nicht zuletzt aber auch wegen der sich stets verschlechternden Zahlungsbilanz, mussten Mittel und Wege gefunden werden, damit die Zahlung unserer Ausfuhr nach diesen Staaten wiederum ermöglicht wird. Solche Clearingverträge hat die Schweiz gegenwärtig mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei, Deutschland, Chile und Italien. Bei dem am 18. Mai 1934 mit Argentinien abgeschlossenen Devisenabkommen handelt es sich nicht um ein eigentliches Clearingabkommen, welches die Einzahlung des Gegenwertes der aus dem Lande des Vertragskontrahenten eingeführten Waren an die Notenbank desjenigen Staates, in dem der Importeur seinen Sitz hat, vorschreibt. Gemäss den Bestimmungen dieses Abkommens ist die argentinische Regierung vielmehr verpflichtet, den Importeuren von Waren schweizerischen Ursprungs diejenigen Devisen zuzuteilen, welche diesem Lande durch die Ausfuhr argentinischer Produkte nach der Schweiz anfallen. In erster Linie ist die laufende Einfuhr von Waren schweizerischen Ursprungs auf diese Weise zu befriedigen. Aus den noch verbleibenden Devisen sind, nach Abzug eines gewissen Betrages zur Verfügung der argentinischen Regierung, dessen Zweckbestimmung jedoch teilweise ebenfalls vertraglich geregelt ist, schweizerische Finanzinteressen zu befriedigen.

Im allgemeinen werden die von der Schweiz abgeschlossenen Clearingabkommen nur durch den Erlös der eingeführten Waren aus diesen Staaten gespeisen. Die andern Verpflichtungen an die Angehörigen der Partnerstaaten müssen somit nicht an die Schweizerische Nationalbank bezahlt werden, sondern können direkt an die ausländischen Gläubiger überwiesen werden. Von dieser allgemeinen Regel macht nur das Abkommen mit Deutschland eine Ausnahme — neuerdings auch dasjenige mit Italien —, weil hier alle Zahlungen, die nicht ausdrücklich ausgenommen sind, über die Nationalbank beglichen werden müssen. Wer die schweizerische Zahlungsbilanz näher kennt, weiss, dass es für unser Land aber nicht allein von grösster Bedeutung ist, dass die Warenexporte bezahlt werden, sondern dass die fremden Staaten auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um die von der Schweiz geborgten Kapitalien aller Art zu verzinsen und endlich auch die Bezahlung des für uns so wichtigen Fremdenverkehrs zu ermöglichen. Es war daher für uns nötig, in der Folge die Clearingverträge soweit als möglich auch der Rapatriierung von Forderungen der Finanz und solcher für Transitwaren (d. h. solche nichtschweizerischer Provenienz) sowie den Bedürfnissen des Reiseverkehrs dienstbar zu machen. Am augenfälligsten ist die Bedeutung gerade dieser Zahlungsposten im Verkehr mit Deutschland, wo bekanntlich neben dem Export die Kapitalforderungen sowie der Reiseverkehr für unser Land eine ausserordentlich wichtige Rolle spielen. Wir wissen wohl, dass es sich auch bei diesen Verträgen um ein sogenanntes notwendiges Übel handelt, und dass diese Verträge unsere Wirtschaftskreise infolgedessen nicht restlos befriedigen können. Wir sind aber auch hier, wie bei den Einfuhrbeschränkungen, davon überzeugt, dass die Schweiz einstweilen auf diese Mittel nicht verzichten kann, solange eben in der Welt-

wirtschaft sich die Verhältnisse nicht grundlegend geändert haben. Dass es schliesslich durch die Clearingverträge gelungen ist, unserem Lande ganz wesentliche Summen, die wenigstens zu einem grossen Teil sonst eingefroren oder gar verloren gegangen wären, wiederum einzubringen, geht aus folgenden Zahlen deutlich hervor:

Bis Ende 1935 sind im Clearingverkehr insgesamt ausbezahlt worden	Fr. 619 764 596,48
Hievon entfallen auf das Verrechnungsabkommen mit Deutschland	» 465 069 878,75
Auf die Clearingabkommen mit andern Ländern	» 154 694 717,73

Es ist nun eine bekannte Erscheinung, dass die Inkraftsetzung eines Clearingvertrages zur Folge hat, dass die schweizerische Ausfuhr die Tendenz hat anzuwachsen, während die fremde Einfuhr eine rückläufige Bewegung einschlägt. Hier hatten wir nun durch die Einfuhrbeschränkungen ein Mittel in der Hand, ausgleichend eingreifen zu können und eben im Interesse unserer Ausfuhr diesen Staaten entsprechend vermehrte Einfuhren zu gestatten. Exportwirtschaft, Finanz- und Fremdenindustrie haben denn auch die Förderung, welche ihnen die Clearingverträge brachten, durchaus lobend anerkannt. Aber auch für den Handel ergeben sich aus dem Abschluss von Kontingentierungs- und Clearingabkommen willkommene Erleichterungen im Sinne vermehrter Importmöglichkeiten. Bei all den Fehlern und schweren Nachteilen, die auch diesem handelspolitischen Novum anhaften, tragen sie doch grundsätzlich dazu bei, die gegenseitigen handelspolitischen Schranken zu lockern, weil ja sonst nicht genügend Mittel in die Clearingkasse fliessen, um die verschiedenen Wirtschaftsgruppen innert nützlicher Frist auch effektiv befriedigen zu können. Recht heikel ist die Frage, in welchem Verhältnis bei diesen Abkommen die Interessen des Kapitals einerseits und der Arbeit andererseits wahrgenommen werden sollen. Wie bereits bemerkt, konnten mit dem bestehenden Verrechnungsabkommen mit Deutschland bis Ende 1935 465 Millionen Franken nach der Schweiz transferiert werden. Von diesen 465 Millionen kamen 379,2 Millionen Franken der Arbeit (81,5 %) zugute (Warenexport und Fremdenverkehr) und nur 85,8 Millionen Franken wurden zur Verzinsung von Kapital (18,5 %) verwendet. Der Bundesrat wird auch in Zukunft auf seinem bisherigen Standpunkt beharren, wonach dem Faktor Arbeit (also Export und Fremdenverkehr), eine gewisse Priorität zukommt. Er wird es jedoch nach reiflicher Überlegung und nach sorgfältiger Abwägung aller in Betracht fallender Faktoren des bestimmtesten ablehnen, die Interessen des Kapitals denjenigen der Arbeit völlig zu opfern. Er wird sich bestreben, der Arbeit in Zukunft ca. 80 % und dem Kapital bis zu maximal 20 % des Ertrages aus dem Verrechnungsverkehr zur Verfügung zu stellen. Wir sind also der Auffassung, dass die Aufhebung der Clearingverträge zwar sehr wünschenswert wäre, diese jedoch für so lange nicht abgeschafft respektive gelockert werden können, als in so vielen Ländern die Devisenbewirtschaftung weiter besteht und eine allgemeine Währungsstabilisierung nicht eingetreten ist.

Schliesslich haben wir im Interesse unserer Volkswirtschaft und ganz besonders zugunsten von Export, Fremdenverkehr und Finanzwirtschaft noch zu einem dritten handelspolitischen Hilfsmittel gegriffen durch die Einführung des sogenannten

2. Kompensationsverkehrs

Die schweizerische Handelspolitik wird durch zwei Haupttrichtlinien dominiert: Einmal soll die Inlandsproduktion durch die Kontingentierungen in ihrem Bestande einigermassen geschützt werden; sodann aber wird die verhältnismässig auch heute noch starke Einfuhr in den Dienst der Handelspolitik und insbesondere der Zahlungsbilanz gestellt. Wie bereits betont, wurde unser Handelsbilanzpassivum seit 1929 unter dem Drucke der Verhältnisse (allgemeine Weltkrise; geschwächte Kaufkraft der meisten früheren Abnehmerstaaten schweizerischer Waren, die die Schweiz besonders stark trifft, weil sie vor allem hochwertige und daher relativ teure Artikel herstellt; ausserdem Abriegelung ausländischer Märkte durch Devisenmassnahmen, nationalistische Tendenzen im allgemeinen usw.; Vermehrung der Einfuhr und Verminderung der Ausfuhr auch infolge der Veränderung des Wertverhältnisses zwischen Schweizerfranken und einer grossen Reihe anderer Währungen etc.) immer grösser. Gleichzeitig ging aus denselben Gründen der sogenannte unsichtbare Export (Einnahmen aus Fremdenverkehr, Kapitalanlagen im Ausland, Durchfuhr usw.) zurück, der früher den Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeiführte. Um nicht wirtschaftlich einer Katastrophe entgegen zu gehen — woran weder die ausländischen Staaten noch irgendeine innerschweizerische Wirtschaftsgruppe ein Interesse haben können —, musste sich die Schweiz notgedrungen auf die sogenannte Kompensationspolitik umstellen. Es geschieht dies dadurch, dass die Einfuhr aus denjenigen Ländern, welche viel schweizerische Waren beziehen, besser behandelt wird als die Einfuhr aus Staaten, nach denen wir nichts oder nur noch verhältnismässig wenig exportieren können. Ferner wird mitberücksichtigt, ob die Einfuhr fremder Waren geeignet ist, schweizerische Kapitalforderungen zu decken oder dem Fremdenverkehr förderlich zu sein und dadurch die Zahlungsbilanz zu verbessern. Indem wir auf diese Weise unsere Handelspolitik in vermehrtem Masse in den Dienst des Waren-, Kapital- und Personenverkehrs stellen, sind wir in wesentlichem Masse vom Grundsatz der Meistbegünstigung zu demjenigen der Reziprozität übergegangen. Diese Bestrebungen nach einem gewissen Ausgleich in den Zahlungsbilanzen werden durch das Mittel der Kontingentierung und im Rahmen des sogenannten Kompensationsverkehrs und der Verrechnungsabkommen, die mit dem Ausland getroffen worden sind, verwirklicht.

Den Gedanken, das Bedürfnis der schweizerischen Konsumenten nach ausländischen Waren durch das Mittel der Kompensation zur zwangsweisen Abnahme schweizerischer Erzeugnisse durch das Ausland zu verwenden, haben wir seit Beginn der Krise konsequent verfolgt. Schon in unserm II. Bericht vom 27. Mai 1932 über die Massnahmen, die auf Grund des Bundesbeschlusses vom 23. Dezember 1931 über die Beschränkung der Einfuhr erlassen worden sind, haben wir uns einlässlich darüber ausgesprochen. Wir schrieben damals:

«Wenn schon die soeben erwähnten Massnahmen auf dem Gedanken einer ‚Kompensation‘ zwischen Ein- und Ausfuhr beruhen, so sind wir zur Auffassung gelangt, dass dieser Gedanke im Interesse des Exportes entwicklungsfähig ist. Wir vermögen dabei allerdings nicht der Auffassung derjenigen zu folgen, die glauben, man könne überhaupt die ganze schweizerische Einfuhr in irgendeiner Weise für den Export ‚kompensieren‘, und man solle aus jedem Land wertmässig nur so viel Waren zur Einfuhr zulassen, als das betreffende Land schweizerische Produkte kauft. Bei der ungeheuren Vielgestaltigkeit unserer Produktion einerseits und unserer Konsumbedürfnisse andererseits erscheint die vollständige Verwirklichung dieser an sich vielleicht bestechenden Idee praktisch unmöglich. Nicht nur müssten bei uns komplizierte Ein- und Ausfuhrorganisationen geschaffen werden, welche Handel und Verkehr fast unerträgliche Fesseln auferlegen würden. Voraussetzung wäre wohl auch, dass in den übrigen Ländern, mit denen wir rege Handelsbeziehungen unterhalten, entsprechende Ausfuhr- und Auffangsorganisationen bestünden oder geschaffen werden könnten, eine Frage, mit Bezug auf welche uns jede Einwirkungsmöglichkeit vollkommen fehlt. Auch in handelspolitischer Beziehung würde ein solches Vorgehen fast unlösbare Schwierigkeiten mit sich bringen.»

In der Folge haben wir, soweit dies möglich war, den Import wichtiger Massengüter mit Hilfe besonderer Organisationen, in denen die Bezüger bestimmter Warenkategorien zusammengefasst wurden, einheitlich organisiert und ihn für unsere Exportzwecke dienstbar gemacht. Wir erinnern an die Einkaufsstellen für Kohle, Getreide und Futtermittel, flüssige Brennstoffe, industrielle Öle, Zucker, Malz und Braugerste.

Ferner haben wir auch die Automobil- und Orientteppicheinfuhr in den Dienst des Kompensationsverkehrs gestellt. Schliesslich haben wir nicht unterlassen, unsere Konsumkraft zugunsten des Fremdenverkehrs in die Wagschale zu werfen. Das wichtigste Beispiel dieser Bestrebungen ist, wie bereits ausgeführt, das Verrechnungsabkommen mit Deutschland, nach dem die Beträge, die wir für Kohlenbezüge an Deutschland zu bezahlen hätten, für Devisen zugunsten der nach der Schweiz reisenden Deutschen zur Verfügung gestellt werden und ferner die deutsche Einfuhr auch zur Befriedigung einer gewissen Minimalverzinsung unserer in Deutschland liegenden Kapitalien herangezogen wird. Weitere spezielle Reiseabkommen bestehen mit Italien und Österreich. Es ist ausdrücklich zu betonen, dass es sich im Prinzip nicht um Einzelkompensationen, sondern um generelle Abmachungen handeln kann, weil sonst in kurzer Frist überhaupt nur noch gegen Kompensationen und Zug um Zug exportiert werden könnte, was zu völlig unhaltbaren Zuständen führen müsste. So kamen jeweilen unsere vermehrten Bezüge an Zucker, Weizen und Gerste aus Ungarn, flüssigen Brennstoffen aus Russland und ganz besonders Rumänien, Hartweizen und Teppichen aus der Türkei, Mais aus Jugoslawien, Teppichen aus Griechenland, Tabak aus Bulgarien, Früchten aus Argentinien und Chile etc. dem Wirtschaftsverkehr mit diesen Staaten im gesamten und nicht einzelnen Firmen zugute.

Gestatten Sie mir, noch einige Ausführungen eines erfahrenen Politikers und Mannes der Praxis, Herrn Ständerat Löpfe-Benz, anlässlich der Beratung der bereits erwähnten Motion Grimm hier im Wortlaut wiederzugeben:

«Wir sind wohl alle der gleichen Auffassung, dass die Schweiz die Kompensationspolitik in ihren Wirtschaftsverhandlungen als Kompensationselement so stark wie möglich spielen lassen muss, besonders da, wo der Zahlungsverkehr sonst nicht funktioniert. Aber Kompen-

sation ist eine Zwangsjacke, in die man hoffentlich den Handel mit England, Frankreich etc. ohne Not nicht steckt. Die Ausschaltung des freien Handels hat das Gesamthandelsvolumen stets reduziert und zudem die Importwaren verteuert, weil man unter der Kompensation nicht immer da kaufen kann, wo man die Waren am besten und billigsten bekommt, es sei nur an das ungarische Getreide erinnert. Ein konsequent durchgeführter Kompensationsverkehr müsste übrigens zur Monopolisierung des Aussenhandels führen und dieser zu einer Schrumpfung des Exportes, denn es ist nicht möglich, unsere hoch qualifizierte Exportindustrie mit ihren Uhren, Präzisionsmaschinen, Stickereien gegen Kohle und Getreide zu kompensieren. Kompensationshandel da, wo er unerlässlich und als Gegenwehr nötig ist, da ist er auch längst eingeführt. Aber da, wo sich der Handel und die Zahlungen befriedigend abwickeln, würde seine Einführung uns eher schwächen. Unsere Exportindustrie ist mit dem persönlichen Unternehmegerist, seinem Wagemut und seiner Leistungsfähigkeit gross geworden, er hat weltumspannende Organisationen für den Schweizerhandel geschaffen. Ihm müssen wir Spielraum zur Entwicklung und zum Wiederaufbau lassen.»

Ferner führte Herr Ständerat Löpfe sehr zutreffend weiter aus:

«Aber alle Zweige der schweizerischen Volkswirtschaft werden — nachdem die Finanzkraft des Bundes sich der Erschöpfung nähert — wieder mehr auf die eigene Kraft vertrauen lernen müssen. Im Kampfe mit der Konkurrenz muss die alte Spannkraft und der Erfindergeist wieder gesucht werden, welche der Schweiz den Weltmarkt eroberten, wobei der Bund gegen Dumping und Unterbietung aus Ländern zurückgebliebener sozialer Kultur seinen Schutz natürlich nicht versagen soll. Die fünf Jahre Erfahrungen mit dem Kompensationshandel haben seine Grenzen klar abgezeichnet, sie zu überschreiten wäre unklug, wie es falsch wäre, ganz auf ihn zu verzichten. Wir halten es auf Grund des Gesagten nicht für nötig, vom Bundesrat Richtlinien im Ausbau des Kompensationshandels zu verlangen, und halten auch diesen Teil der Motion für überflüssig und durch die Erfahrung überholt.»

VII. Erzielte Resultate und Ausblick

Ich habe in einem frühern Zusammenhang betont, dass die bisherigen internationalen Wirtschaftskonferenzen und besonders auch die in London abgehaltene letzte dieser Art des Jahres 1933 negativ verlaufen sind. Es war für uns eine gewisse Genugtuung, feststellen zu dürfen, dass wir in der Folge nicht gezwungen waren, deshalb unsere Handelspolitik abzuändern, sondern wir konnten den von uns längst vorher eingeschlagenen Weg mit noch mehr Überzeugung weiterschreiten. Trotz ihrem unbefriedigenden Verlauf hat die Konferenz von London doch die wertvolle Abklärung für uns über das, was im heutigen Wirtschaftswirrwarr möglich ist, gebracht. Die Politik einer mehr oder weniger ausgeglichenen Zahlungsbilanz wurde in London von keiner Seite ernsthaft bestritten, und die weitere Tatsache wurde in London klar herausgearbeitet: die schematische Gleichbehandlung aller würde in der Praxis zu grösster Ungerechtigkeit führen. Wir werden daher wohl noch eine Zeitlang unsere im Jahre 1932 eingeführte Abwehrpolitik energisch weiterführen müssen, wobei wir besonders dafür einzutreten haben werden, dass nicht etwa in einem verfrühten Moment die Kontingentierungspolitik durch eine allgemeine Erhöhung der Zölle abgelöst wird. Eine solche Wendung der internationalen Handelspolitik müsste für die Schweiz verhängnisvolle Wirkungen zeitigen, weil bekanntlich hohe Zölle in erster Linie von Staaten mit sehr billiger Massenproduktion überwunden werden können, während dieselben für ein Land mit

hochwertigen Qualitätsartikeln fast durchwegs prohibitiven Charakter haben. Dagegen sind wir durchaus bereit — und haben diese Bereitschaft auch jederzeit durch die Tat bewiesen —, unsere ausserordentlichen Schutzmassnahmen gegen entsprechende Gegenleistungen des Auslandes weitgehend zu lockern.

Über die getroffenen Massnahmen hat der Bundesrat bisher in elf Berichten dem Parlament erschöpfend Auskunft gegeben. Anfänglich wurden diese Berichte gelegentlich scharf kritisiert; nach und nach wurde jedoch die vom Bundesrat befolgte Handelspolitik auch vom Parlament in zunehmendem Masse gebilligt, und die letzten Berichte wurden jeweilen von den Zollkommissionen der eidgenössischen Räte sogar einhellig gutgeheissen.

Unsere handelspolitischen Abwehrmassnahmen haben sich im grossen und ganzen durchaus bewährt und sich nicht nur auf die Gestaltung der Handelsbilanz, sondern auch auf den Beschäftigungsgrad wohltätig ausgewirkt. Die rückläufige Bewegung unseres Exporthandels, die mehrere Jahre andauerte, ist im Laufe des Jahres 1933 zum Stillstand gekommen, und auch im Jahre 1934 hat sie sich — wenigstens mengenmässig — nicht fortgesetzt, indem einer gewichtsmässigen Zunahme von 4,8 % bloss wertmässig eine kleine Abnahme von 1 % gegenübersteht. Für das Jahr 1935 ergibt sich eine mengenmässige Senkung des Exportes von 0,8 Millionen q (16 %), wertmässig eine solche von 22,3 Millionen Franken (2,6 %). Das Defizit der Handelsbilanz hat sich wie folgt verringert (in Millionen Franken):

1931	1932	1933	1934	1935
902	962	742	590	461

So erfreulich diese Tatsache ist, so ergibt sich doch eine gewisse Korrektur dadurch, dass diese Defizitverminderung mehr auf einer stärkeren Schrumpfung der Einfuhrseite beruht als auf einer Steigerung der Ausfuhr. Sie ist — was für unsere Beurteilung sehr bedeutungsvoll ist — nur zum Teil auf die Wirkung der ergriffenen Massnahmen zurückzuführen; zum andern Teil ist sie durch die stark verringerte Kaufkraft des schweizerischen Marktes bedingt. Die staatlichen Abwehrmassnahmen haben sich aber, wie gesagt, auch auf den Beschäftigungsgrad wohltätig ausgewirkt. Denn unsere hohe Arbeitslosenziffer von rund 5—6 % aller Erwerbstätigen lässt sich immer noch vorteilhaft mit derjenigen anderer Länder mit 10 % und mehr vergleichen. Diese Feststellung soll aber auch hier nicht dazu verleiten, die Wirtschaftslage der Schweiz etwa als erfreulich anzusehen; sie ist im Gegenteil schwieriger als je. Dass die Lage des schweizerischen Arbeitsmarktes sehr ernst bleibt, zeigt die nachfolgende Tabelle über die Entwicklung der Zahlen der Stellensuchenden:

Jahr 1927	1930	1931	1932	1933	1934	1935
13 701	23 045	50 570	81 887	94 967	91 196	118 775

Die Arbeitslosigkeit überstieg im Dezember 1935 damit sogar den in der Nachkriegszeit erreichten Höchststand von 99 541 Ganzarbeitslosen zu Ende Februar 1922.

Angesichts dieser Verhältnisse vertreten wir den Standpunkt, dass unsere ausserordentlichen Schutzmassnahmen in Zukunft noch in vermehrtem Masse, als Verhandlungsobjekt, in den Dienst unserer Exportwirtschaft gestellt werden müssen. Das Wesen der neueren Handelspolitik, unserer Kompensationspolitik, besteht eben darin, dass wir unsere Einfuhr weitgehend in den Dienst des Exportes, des Fremdenverkehrs und der Rapatriierung unserer Kapitalanlagen im Ausland stellen. Wir betreiben heute grundsätzlich mit allen Ländern einen gewissen Kompensationsverkehr, wobei der Abschluss von Verrechnungsabkommen die schärfste Form, d. h. die restlose Kompensation darstellt. Wir wiederholen, dass wir — vornehmlich auf dem Verhandlungswege — bereit sind, unsere Schutzmassnahmen weitgehend zu lockern und dass nötigenfalls in einzelnen Fällen auch der autonome Weg einer Lockerung gewisser ausserordentlicher Schutzmassnahmen in Erwägung gezogen werden soll. Nach all dem Gesagten ergibt sich, dass dies alles einstweilen nur auf dem Boden der jetzigen bilateralen Handelspolitik möglich ist. Die Schweiz kann heute keine andere Politik betreiben, wenn wir auch anerkennen müssen, dass sie einen Rückschritt darstellt, und wir nichts sehnlicher wünschen, als wiederum zu der freien Form der hinter uns liegenden Aera liberalerer Wirtschaftsgesinnung zurückkehren zu können.

Sie haben meinen Ausführungen entnehmen können, dass ich auch für das Gebiet der Handelspolitik in Übereinstimmung mit Bundesrat und Nationalbank — vgl. den Vortrag von Präsident Bachmann im Monat Dezember in der Neuen Helvetischen Gesellschaft Winterthur — einer vernünftigen, etappenweisen, vornehmlich handelsvertraglichen Lockerung der ausserordentlichen Massnahmen das Wort rede. Herr Nationalrat Dr. E. Wetter hat sich im Schosse der freisinnigen Partei der Stadt Zürich, Mitte Oktober 1935, in prägnanter Weise wie folgt geäussert:

«Gewiss liegt die Hauptursache all dieser Stockungen in der Abschliessungspolitik der Umwelt, aber das Exportvolumen der Schweiz ist weltwirtschaftlich so klein, dass es trotz allem untergebracht werden kann, sofern nur der Preis kein Hindernis ist. Die Höhe unserer Lebenshaltung und des Preisstandes bedeutet für unsere Exportwirtschaft die Gefahr, den Anschluss zu verpassen und vom Weltmarkt ausgeschaltet zu werden. Die Not der Inlandwirtschaft ist nicht so offenbar; aber auch hier zeigt sich trotz allem «Schutz des Inlandmarktes» die Wahrheit des Satzes, dass die Wechselwirkungen zwischen Export- und Inlandwirtschaft zu enge sind, als dass es möglich wäre, neben einer notleidenden Exportwirtschaft eine blühende Inlandwirtschaft aufrechtzuerhalten.»

Es ist auch meine vollendete Überzeugung, dass eine Ausweitung des so bedenklich zusammengeschrumpften, für unser Land und unsere Volkswirtschaft aber unerlässlichen äusseren Lebensraumes in Verbindung mit einer planmässigen Lockerung unserer Schutzmassnahmen und dank einer zielbewussten, aktiven Handelspolitik auch im wohlverstandenen Interesse der sogenannten Inlandwirtschaft liegt.